



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

„Wir gehen Vor!
Gute Arbeit, gerechte Löhne, starker Sozialstaat“
1. Mai 2010

1. Mai-Veranstaltung des DGB
in Salzgitter

Hartmut Meine,
IG Metall-Bezirksleiter
in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mein Vorredner Peter Gruber hat die Themen „Schacht Konrad“
und Atomindustrie angesprochen. Daran will ich unmittelbar
anknüpfen und für die IG Metall deutlich und
unmissverständlich erklären: Die Vorgänge in der Asse zeigen:
Eine sichere Endlagerung von Atommüll ist nicht möglich! Das
geht nicht in der Asse, das geht nicht im Schacht Konrad, das
geht nicht Morsleben und das geht auch nicht in Gorleben.
Wir stellen uns quer! Wir wollen keinen Atommüll hier in
Salzgitter im Schacht Konrad!

Vor 30 Jahre wurde uns in Gutachten erklärt, eine Endlagerung
von Atommüll sei in der Asse problemlos möglich. Heute
erklären uns Gutachter, das sei in Schacht Konrad und in
Gorleben problemlos möglich. Wir sagen allen Politikern und
allen Gutachtern: Wir glauben euch nicht mehr!

Und das bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle
Atomkraftwerke müssen so schnell wie möglich abgeschaltet
werden. Dafür haben 120.000 Menschen am letzten
Wochenende mit der Menschenkette von Brunsbüttel bis
Krümmel ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt und auch dafür
stehen wir heute auch hier auf dem Platz vor der Alten
Feuerwache.

Es gibt es einen verbindlich vereinbarten und gesetzlich verankerten Zeitplan zum Ausstieg aus der Atomenergie, den die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Energiewirtschaft vereinbart hat.

Wir sagen unmissverständlich in Richtung der großen Energiekonzerne, aber auch in Richtung von CDU und FDP: Daran darf nicht gerüttelt werden. Die Atomkraftwerke müssen so schnell wie möglich abgestellt werden.

Die ungeklärte Endlagerfrage und die zahlreichen Störfälle zeigen, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist. Ich sage mit aller Deutlichkeit: Die Atomenergie ist eine veraltete und rückwärts gewandte Energie. Wir müssen aus der Atomenergie aussteigen.

Wir müssen auf erneuerbare Energieträger, wie Solaranlagen und Windkraftanlagen, setzen. Wir brauchen für eine längere Zeit einen Energiemix ohne Atomenergie. Neben Wind- und Solarenergie gibt es noch weitere Möglichkeiten der Energieerzeugung.

Die Ingenieure im Motorenwerk von Volkswagen hier in Salzgitter, haben auf Anregung der Betriebsräte und Vertrauensleute ein Blockheizkraftwerk entwickelt. Volkswagen in Salzgitter bietet jetzt Blockheizkraftwerke an, mit denen beispielsweise Schulen und Krankenhäuser auf der Basis eines effizienten Erdgasmotors ihren Strom und ihre Wärme beziehen können.

Das zeigt, der Einstieg in alternative Formen der Energieerzeugung sichert Arbeitsplätze. Der Betriebsrat von Volkswagen Salzgitter hofft mit diesem neuen Ansatz hier in Salzgitter mehrere hundert Arbeitsplätze dauerhaft halten zu können. Das ist der richtige Weg, das ist unsere Alternative zu den bornierten Lobbyisten der Atomindustrie.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
der September 2008 markiert den Beginn der größten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten. Ausgehend von hoch spekulativen Geschäften auf dem us-amerikanischen Immobilienmarkt, haben Banker und Finanzspekulanten weltweit gezockt. Immer höhere Renditeziele wurden für alle Bereiche verkündet.

Der Boss der Deutschen Bank, Josef Ackermann, wollte nicht 10, wollte nicht 15 Prozent Rendite, nein, sein Ziel ist eine Eigenkapitalrendite von 24 Prozent. Und inmitten der Krise erzielt die Deutsche Bank jetzt sogar ein Eigenkapitalrendite von 30 Prozent.

Mittlerweile ist die Blase der Finanzspekulationen geplatzt. Die Banker und die Manager von weltweit tätigen Investmentfonds haben sich verzockt und damit die größte Krise ausgelöst.

Wenige Monate später hat sie dann auch die Betriebe der Metallindustrie erfasst. Mit Ausnahme von VW und Alstom LBH sind alle Betriebe in Salzgitter betroffen. Wir haben Auftragseinbrüche von 10 bis 20 Prozent zu verzeichnen und hier MAN-Werk in Salzgitter sogar weit über 50 Prozent.

Kolleginnen und Kollegen, die seit Monaten in Kurzarbeit sind, spüren trotz Aufzahlungsregelungen zur Kurzarbeit die Krise jeden Monat sehr handfest in ihrem Portemonnaie.

Um es auf den Punkt zu bringen, die Reichen und Mächtigen haben sich verzockt, haben die Krise verursacht, und die Beschäftigten müssen sie mal wieder ausbaden.

Das ist völlig inakzeptabel! Wir sagen in Richtung der mächtigen Konzerne und Banken: Wir zahlen nicht für eure Krise. Wir wehren uns.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
bei dauerhaften Auftragseinbrüchen von 20, 30, teilweise 50 Prozent, bestand und besteht akute Gefahr für die Arbeitsplätze. Die IG Metall und die Betriebsräte haben dazu im letzten Jahr ein Ziel formuliert, das wir weitgehend realisieren konnten. Wir haben gesagt: Keine Entlassungen in 2009!

Durch die Anwendung der Tarifverträge in der Metallindustrie, den Abbau von Arbeitszeitkonten und die Einführung von Kurzarbeit ist es der IG Metall und den Betriebsräten hier in Salzgitter überwiegend gelungen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Mit dem Tarifabschluss in der Metallindustrie haben wir neue Möglichkeiten geschaffen, auch bei länger andauernden Auftragsrückgängen, Kolleginnen und Kollegen in Kurzarbeit zu halten oder eine Arbeitszeitreduzierung mit Teillohnausgleich zu vereinbaren.

Mit den neuen tariflichen Regelungen und den Beschlüssen der Bundesregierung zur Verlängerung der Kurzarbeiterregelung besteht auch bei länger andauernden drastischen Auftragseinbrüchen kein Grund zu betriebsbedingten Kündigungen.

Deswegen sagen wir: Keine Entlassungen in 2010 und 2011. Niemand darf rausgeschmissen werden! Und ich will die Arbeitgeber an dieser Stelle ausdrücklich warnen. Sollte irgendjemand von Ihnen, meine Herren Manager, trotz des Tarifvertrages der IG Metall und trotz der Kurzarbeiterregelung der Bundesregierung, Entlassungen planen, dann müssen Sie sich auf den heftigen Widerstand der IG Metall einstellen. Dann kriegt ihr richtig Ärger mit uns!

Wenn hier in Salzgitter ein Arbeitgeber Massenentlassungen verfügen will, dann kann er sicher sein, dass wir in und vor dem Betrieb demonstrieren! Und es ist guter solidarischer Brauch in dieser Stadt, dass sich dann die Belegschaften der Nachbarbetriebe wechselseitig unterstützen, so wie wir es in der letzten Zeit bei der Demonstration vor dem Werkstor von Bosch in Salzgitter gemacht haben.

Dadurch ist es den Betriebsräten und der IG Metall gelungen, trotz einer schwierigen Situation eine Beschäftigungssicherung bis 2015 zu vereinbaren. Bei MAN ist das zunächst bis 2012 geregelt.

Der Tarifabschluss bei der Volkswagen AG sichert die Beschäftigung mindestens bis Ende 2014 und garantiert allen Auszubildenden eine unbefristete Übernahme. Was für viele junge Menschen und Eltern das Wichtigste ist: Volkswagen musste sich verpflichten, in jedem Jahr 1.250 Ausbildungsplätze in den sechs Werken anzubieten. In den nächsten fünf Jahren sind dies zusammen über 6.000 Ausbildungsplätze. Über 6.000 junge Menschen, die jetzt noch zur Schule gehen, haben die Chance auf eine hervorragende berufliche Zukunft.

Daran sollten sich auch die anderen Unternehmen ein Beispiel nehmen. Ich fordere die Arbeitgeber auf, schafft endlich genügend Ausbildungsplätze! Garantiert die Übernahme der Auszubildenden nach der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Dafür werden wir am 30. September diesen Jahres mit einer großen Aktion in Hannover weiter Dampf machen und mit vielen Aktionen vor Ort. Die IG Metall-Jugend macht dies traditionell am 6. Dezember mit ihren kreativen Nikolaus-Aktionen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wenn ich sage, es ist der IG Metall gelungen, betriebsbedingte Kündigungen in 2009 zu vermeiden, so ist das leider nur die halbe Wahrheit. Deswegen will ich ausdrücklich auf die Situation der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen hinweisen.

Sie waren die ersten, die bei der Krise rausgeflogen sind und arbeitslos wurden. Ihre ungeschützten Arbeitsverhältnisse führten dazu, dass wir ihre Arbeitsplätze nicht erhalten konnten. Daran wird deutlich, dass all diejenigen, die uns vor einigen Jahren erzählen wollten, Leiharbeit sei eine neue, moderne, zukunftsweisende Form von industrieller Arbeit, Lügen gestraft sind.

Man hat uns erzählt, in der Leiharbeitsbranche würden neue Arbeitsplätze geschaffen. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die die Schutzbestimmung für Leiharbeitsbeschäftigte so gelockert hat, dass Leiharbeit boomen konnte. Und jetzt, seit Beginn der Krise, müssen wir sehen, dass es die Leiharbeiter sind, die als erste auf die Straße fliegen. Deswegen sagen wir: Wir werden nicht akzeptieren, dass immer mehr Arbeitsplätze in Leiharbeitsverhältnisse umgewandelt werden.

Auch wenn es in einigen Betrieben hier in Salzgitter bis heute gelungen ist, Leiharbeit zu verhindern, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass 700.000 Menschen bundesweit als Leiharbeiter beschäftigt sind. Um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Wenn Leiharbeit nicht zu verhindern ist, dann muss wenigstens der alte Grundsatz gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit! Es ist nicht akzeptabel, dass Leiharbeiter Hand in Hand mit ihren Kolleginnen und Kollegen arbeiten, der eine 13 Euro bekommt und der andere nur 8 Euro.

Das werden wir nicht akzeptieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Gesetz zur Leiharbeit entsprechend zu ändern. Der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss realisiert werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir können auch nicht akzeptieren, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen befristete Arbeitsplätze bekommen. Es ist mittlerweile soweit gekommen, dass man in der Produktion nur noch Arbeit findet, wenn man zu Beginn ein befristetes Arbeitsverhältnis eingeht. Und die befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sind dann in Krisenzeiten nach den Leiharbeitern die nächsten die rausfliegen, da ihre Befristung nicht verlängert wird. Dann fangen sie beim nächsten Unternehmen befristet an, werden dann dort erneut nach wenigen Monaten entlassen. So geraten sie in eine Kette von befristeter Beschäftigung und Leiharbeit und haben keine berufliche Perspektive.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
damit muss Schluss sein. Das ist menschenunwürdig, auch wenn uns manche Politiker von CDU und FDP, manche Unternehmer und manche dumm-dreisten Wissenschaftler in Talk-Shows am Sonntagabend das Gegenteil erzählen wollen. Für die IG Metall ist und bleibt ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu guten Tarifbedingungen das Leitbild!

Wir wehren uns auch dagegen, dass ideologisch verbohrte Politiker daher kommen und die ärmsten der Beschäftigten gegen die Ärmsten in dieser Gesellschaft ausspielen wollen. Wir wehren uns, wenn ein Gegensatz zwischen Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Hartz IV-Empfängern aufgebaut wird.

Guido Westerwelle, der Vorsitzende der FDP, hat in fahrlässiger Weise diese Debatte angezettelt und Millionen von Menschen bloßgestellt. Er beabsichtigt damit einen Spaltpilz zwischen diejenigen zu treiben die schlecht bezahlte Arbeit haben und diejenigen die gar keine Arbeit haben. Diese infamen Angriffe werden wir nicht hinnehmen. Das ist für alle Metallerrinnen und Metaller ein Skandal der unseren schärfsten Protest erfordert.

Das Satire-Magazin Titanic hat es mit seinem Titelbild auf den Punkt gebracht: „Toyota ruft Westerwelle zurück: Nicht zu bremsen, Kopfdichtung defekt und Schraube locker. Wir fragen uns: Wann wird Toyota jetzt endlich handeln? Wann rufen Toyota oder andere dieses Pannenmodell namens Westerwelle endgültig zurück?“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
angesichts der Wirtschaftskrise wird viel davon gesprochen,
dass die Finanzmärkte reguliert werden müssen. Das ist richtig
und die IG Metall hat einen ganzen Katalog von Maßnahmen
erarbeitet, die den Bankern und Spekulanten Grenzen
aufweisen sollen. Leider wird darüber nur geredet, gehandelt
wird nicht!

Das geht seit Monaten so, und ich habe die große Befürchtung,
dass die Banker und Finanzspekulanten längst wieder dabei
sind, uns in die nächste Krise hineinzuspekulieren. Deswegen
sagen wir: Den mächtigen Bankern und Finanzspekulanten
müssen Grenzen gesetzt werden, die Finanzmärkte müssen
reguliert werden. Die Bundesregierung muss endlich handeln.

Die Untätigkeit der Politiker ist mit dafür verantwortlich, dass die
international agierenden Spekulanten Griechenland, Portugal,
Spanien und andere Länder in die Schieflage bringen.

Die Bildzeitung hetzt mal wieder und versucht den Menschen
einzureden, die Griechen würden jetzt deutsches Geld
verprassen. Niemand spricht von den Krediten der großen
Banken, die bei einer Pleite von Griechenland oder Portugal
platzen würden. Es geht hier um die Profite von französischen,
schweizerischen oder deutschen Großbanken. Deshalb sage
ich: Die Banken müssen ihren Anteil an der Stabilisierung von
Griechenland und anderen Ländern leisten!

Für die Kolleginnen und Kollegen der Salzgitter AG, der SZST, VPS und anderen will ich aber auf einen weiteren Punkt hinweisen: Es geht nicht nur um die Regulierung der Finanzmärkte. Wir müssen auch die Rohstoffmärkte regeln.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, gibt es einen massiven Machtkampf zwischen den drei großen Rohstoffkonzernen und den Stahlerzeugern.

Es gibt drei weltweit tätige Rohstoffkonzerne, die Erz liefern und 73 Prozent des Weltmarktes in ihren Händen haben. Das ist der brasilianische Konzern Vale sowie die beiden englisch-australischen Konzerne BHP Billiton und Rio Tinto. Bisher war es üblich, dass diese Konzerne mit den Stahlerzeugern Jahresverträge machen. Jetzt soll dies nur noch in kurzfristigen Takten erfolgen und der Preis soll sich am chinesischen Spottmarkt orientieren.

Wir befürchten, dass sich der Preis für eine Tonne Warmbreitband-Stahl, der jetzt rund 500 Euro beträgt, auf über 650 Euro erhöhen kann. Das wird dann auch für Volkswagen und andere Automobilhersteller Auswirkungen haben. Deswegen sagen wir: Die Macht der großen Rohstoffkonzerne muss begrenzt werden. Es kann nicht angehen, dass die auch noch unsere Arbeitsplätze in der Stahl- und Autoindustrie verzocken.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
lasst mich zum Schluss noch ein weiteres Thema ansprechen,
das mir besonders wichtig ist. Vor genau 77 Jahren am 2. Mai
1933 wurden in Deutschland alle Gewerkschaftshäuser von den
Nazis besetzt, Gewerkschafter verhaftet, das
Gewerkschaftsvermögen eingezogen. Die Betätigung von frei
gewählten Betriebsräten und Vertrauensleuten im Betrieb
wurde untersagt und viele aktive Gewerkschafterinnen und
Gewerkschafter inhaftiert, in KZs gesteckt und einige von ihnen
brutal ermordet.

Wir erinnern heute, am 1. Mai, auch an die Machtübertragung
an die NSDAP und Adolf Hitler. Wir erinnern an die Millionen
ermordeter Juden, an die Millionen von Menschen, die im
Zweiten Weltkrieg starben. Alle Opfer der Naziherrschaft
mahnen uns, dass wir alles, aber auch alles dafür tun, damit
sich der Naziterror nicht wiederholt. Ich sage dies auch vor dem
Hintergrund der ständig zunehmenden Aktivitäten der NPD und
der schwarzen Kameradschaften.

Als Gewerkschaften sagen wir unmissverständlich: Die NPD
muss verboten werden. Es ist sicherlich nicht das alleinige
Mittel gegen den neuen Rechtsextremismus, aber es wäre ein
Schritt in die richtige Richtung, mit dem auch Veranstaltungen
der NPD verhindert werden könnten.

Wir stehen hier als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,
als Demokraten, die für eine Gesellschaftsform eintreten, die
nichts, aber auch gar nichts mit dem rassistischen,
nationalistischen und ausländerfeindlichen Gedankengut der
NPD zu tun hat.

Wir stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine humane und solidarische Gesellschaft, für eine bunte Gesellschaft, die gute Arbeit und ein gutes Leben für alle ermöglicht.

Eine Gesellschaft, in der wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen und für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer streiten.

Wir stehen hier für eine Gesellschaft in der - um es mit dem Schriftsteller Stephan Heim zu formulieren - „Herz und Verstand mehr zählen als der Ellenbogen“.

Dafür stehen wir hier heute in Salzgitter, dafür stehen heute tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Deutschland und in aller Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich danke für eure Aufmerksamkeit!